

Johano Strasser

*Alles in trockenen Tüchern.*

Vom Wechsel der Sprachmoden in der Politik

Politik ist zu großen Teilen Sprachhandeln. Ganz besonders gilt das für die Politik in der Demokratie. Wer etwas durchsetzen will, muß andere, die eigene Partei, die eigene Fraktion, die Wähler, die Öffentlichkeit, die Medienvertreter, meistens auch noch den Koalitionspartner und die Kabinettskollegen von der Richtigkeit seiner Ideen überzeugen. Und meistens erzeugt seine Rede bei einem anderen Politiker einer anderen Partei, bei einem Verbandsvertreter, einem der lästigen Intellektuellen, die ja bekanntlich immer etwas auszusetzen haben, eine Gegenrede, auf die er dann wieder antworten muß. Und so weiter, und so weiter...

Politiker in der Demokratie müssen bei tausend verschiedenen Gelegenheiten reden, manchmal auch, wenn sie gar nichts zu sagen haben und womöglich lieber schweigen würden. Und manchmal auch, bevor sie zum Nachdenken gekommen sind. Politiker sind Vielredner. Zwar erreichen nur wenige von ihnen die elegante Beredsamkeit der großen antiken Rhetoren, aber wenn man ihre Leistungen als Redner so messen würde, wie die Leistungen der heutigen Bologna-Studenten gemessen werden, nämlich schlicht nach Arbeitsstunden oder, wie es im modischen Fachenglisch heißt, als *workload*, dann sähe ein Cicero selbst im Vergleich mit dem hintersten Hinterbänkler ziemlich alt aus.

Kein Wunder also, daß die politische Rede nicht immer so präzise, so erhellend, so rhetorisch glanzvoll, so verständlich ausfällt, wie es im Interesse einer lebendigen demokratischen Selbstverständigung zu wünschen wäre. Kein Wunder auch, daß die überforderten Politiker verzweifelt nach Wendungen suchen, die sich bei möglichst vielen Gelegenheiten einsetzen lassen und ihnen so die mühevollen Suche nach dem rechten Ausdruck ersparen.

Als die Republik noch im wesentlichen aus NRW und Umgebung bestand, in den glorreichen Zeiten Adenauers, Erhards, Helmut Schmidts und Willy Brandts also, waren die Politiker, wenn irgendwo Not am Mann war, stets *vor Ort*. Der Ausdruck stammt aus der Arbeitskultur des Ruhrpotts, wo er die Stelle im Stollen bezeichnet, an der die Kohle abgebaut wird. Weil der Ausdruck etwas handfest Proletarisches an sich hatte, gewann er schnell an Beliebtheit unter SPD-Politikern, die damals noch in großer Zahl engere Beziehungen zur Arbeitswelt hatten. Wo immer es Probleme gab, war man *vor Ort*, auch wenn der Anlaß mit dem Abbau von Steinkohle gar nichts zu tun hatte. Es dauerte nicht lange, bis die Sprachmarotte auch von Vertretern der anderen Parteien übernommen wurde, sogar von solchen, die sonst eine vornehme Distanz zum proletarischen Milieu einhielten.

Die Sprache der Politik ist seit eh und je anfällig für modische Wendungen. Ich erinnere mich, daß in den 60er Jahren in vielen Politikerreden die Wendung auftauchte, man wolle aus seinem Herzen *keine Mördergrube* machen. Einer der ersten, der diese Wendung in sein Repertoire aufnahm, war der hessische SPD-Abgeordnete Hermann Schmitt-Vockenhausen, HSV genannt. Die Anmutung von Biederkeit und Ehrlichkeit, verbunden mit einer geradezu Courts-Mahlerschen Bigotterie schien damals Politikern für die Selbstdarstellung opportun. Wer aus seinem Herzen *keine Mördergrube* machte, legte offen, was ihn im Innersten bewegte, hatte das Herz sozusagen auf der Zunge – benahm sich also so, wie es Romantiker von Politikern erhoffen, Realisten aber von ihnen am allerwenigsten erwarten.

Aber dann kamen andere Zeiten. Auf einmal wollten Politiker nicht mehr bieder erscheinen, sondern professionell, dynamisch, leistungsorientiert. Wo Leistung sich wieder lohnen sollte, war man auch in der Politik wie auf dem Fußballplatz gern *gut aufgestellt*. Der Politiker oder Verbandsfunktionär, der von seiner Partei, seiner Fraktion, seiner Organisation sagte, sie sei *gut aufgestellt*, umgab sich mit der Aura eines Fußballtrainers, der mit einer ausgetüftelten Mannschaftsaufstellung ins alles entscheidende Match geht und dabei unvermeidlich *auf Sieg setzt*. Und natürlich spricht so jemand von sich und seinen Mitarbeitern als

dem *Team*, in dem jeder angehalten ist, seine *optimale Leistung abzurufen*. Von der Opposition dagegen verlangt so einer gern herablassend, daß sie erst einmal *ihre Hausaufgaben mache*, als handele es bei den gerade nicht regierenden Abgeordneten um eine unmündige Schülerschar.

Die zahlreichen Entleihungen aus der Sprache der Ökonomie dienen vor allem dem Zweck, die Politik als nüchtern professionelles Geschäft erscheinen zu lassen, in dem allein Sachverstand und Kompetenz entscheidend sind. Und nebenbei suggeriert man damit, daß man nicht die Absicht habe, sich von der Meinung der politischen Laien, die das Volk ausmachen, beirren zu lassen. So wurde denn aus Deutschland in zahlreichen Politikerreden der *Standort Deutschland* oder gar die *Deutschland AG* und aus einer Gruppe älterer Männer, die einen ebenfalls schon leicht vergreisten Kanzlerkandidaten im Bundestagswahlkampf beraten sollten, ein *Kompetenzteam*.

Parteifunktionäre und Spindoktoren sprachen auf einmal von der Politik, für die sie die Menschen gewinnen wollten, oder von dem Kandidaten, für den sie sich stark machten, als einem *Produkt*, das es *zu verkaufen* gelte. Parlamentarier machten statt Politik einen *guten Job*, der Finanzminister erwartete von seinen Kabinettskollegen, dass *sich rechnete*, was sie in ihren Ressorts veranlaßten, ganz gleich, ob sich die Ergebnisse in Zahlen ausdrücken ließen oder nicht. Mit einem Mal war überall von *Benchmarking* die Rede und von *Evaluation*, von *Best Practice* und von *New* oder *Corporate Governance*.

Was bei solchen sprachmodischen Eskapaden leicht aus dem Blick gerät, ist, daß Sprache und Denken und Denken und Handeln enger zusammenhängen, als den meisten bewußt ist. Wer ständig über Politik so redet, als handele es sich darum, ein Geschäft abzuwickeln oder einen Konzern zu führen, wird womöglich am Ende auch genauso handeln – und damit gegen den Geist und die Regeln der Demokratie verstoßen. Wo dauernd vom *Standort Deutschland* und von der *Deutschland AG* die Rede ist, gerät leicht in Vergessenheit, daß in einer Demokratie nicht einfach nach ökonomischen Parametern entschieden wird, sondern Entscheidungen der Zustimmung der Mehrheit und der

Übereinstimmung mit der Verfassung bedürfen, um legitim zu sein, und daß für viele, deren Zustimmung zu gewinnen ist, ganz andere Gesichtspunkte, Werte und Interessen gelten als die, die ein Konzernchef zu berücksichtigen hat.

Das komplizierte Geschäft der Demokratie gilt den ökonomistischen Technokraten der schönen neuen McKinsey-Welt zumeist als umständlich, verschwenderisch und ineffizient. Entsprechend beeilten sich Politiker, die zeitgemäß erscheinen wollten, den schneidigen Macher herauszukehren, der „Ruckreden“ hält und die eigene Partei, die von ihren Maßnahmen Betroffenen und die Öffentlichkeit insgesamt stets mit angeblich alternativlosen einsamen Entscheidungen konfrontiert: Friß, Vogel, oder stirb! Basta!

Dabei wissen wir eigentlich aus Erfahrung, daß die Umständlichkeit der Demokratie zu ihren Stärken zu zählen ist, und wir wissen auch, wohin es führt, wenn starke Männer mit großer Geste *Gordische Knoten* durchschlagen, statt sie mit Mühe und Ausdauer zu lösen. Vieles von dem, was das jüngste Krisenknäuel ausmacht, ist das Werk schneidiger Entscheider, die glaubten, alles im Griff zu haben und gar nicht merkten, daß sie mit beiden Beinen fest in den Wolken standen. Aber die große Mehrheit der Journalisten und der professionellen Politikbeobachter, auch ein großer Teil des Publikums, waren lange Zeit fasziniert von den bühnenwirksamen Auftritten der Macher, bejubelten ihren Mut zur Deregulierung der Märkte, zu *unpopulären* Entscheidungen und *harten Einschnitten* ins soziale Netz – jedenfalls solange es halbwegs gut zu gehen schien und sie nicht selbst, sondern immer nur andere, betroffen waren.

Mittlerweile ist das Kartenhaus, das die schneidigen Macher errichtet hatten, eingestürzt, und der Katzenjammer hat auch das politische Personal erfaßt. Der einzige unter den führenden Politikern, der das offenbar noch immer nicht begriffen hat, ist Guido Westerwelle. In der Union haben viele Politiker ihr Vokabular eilig umgerüstet, sprechen neuerdings wieder von *Menschen*, wo vordem vom *Faktor Arbeit* die Rede war, von *sozialer Verantwortung* und anderen schönen Dingen,

vor allem, wenn Wahlen bevorstehen. Die Kanzlerin, die sich vor wenigen Jahren auf dem Leipziger Parteitag noch als zweite Maggie Thatcher zu profilieren suchte, geriert sich heute zuweilen als oberste Sozialarbeiterin der Nation, und die SPD, mittlerweile in der Opposition, hat sich auch wieder auf ihre angestammte Rolle als soziales Gewissen besonnen.

Der Bedarf an sprachlichen Wendungen, die dem spröden Gegenstand der Politik ein wenig Farbe verleihen, ist freilich zu allen Zeiten riesengroß. Anders ist die Karriere eines Ausdrucks wie *in trockenen Tüchern* nicht zu erklären. Es ist noch gar nicht lange her, daß er zum ersten Mal auftauchte. Plötzlich war er in jeder zweiten Politikerrede und in jeder Talkshow zu hören. Jüngere Politiker, vor allem solche, die sich als Exponenten der digitalen Moderne profilieren wollten, mieden aber den doch ein wenig altväterlich oder altmütterlich anmutenden Ausdruck eher. Für sie gab es die Alternative: *Alles im grünen Bereich*.

Bei der immer härter werdenden Konkurrenz um öffentliche Aufmerksamkeit in der Mediengesellschaft müssen sich Politiker, Gewerkschafter, Verbandsfunktionäre, Pressesprecher etwas einfallen lassen, wenn sie überhaupt wahrgenommen werden wollen. Wer nur *protestiert*, geht unter in der Masse der täglich geäußerten Proteste. Darum wird seit eh und je mindestens *schärfstens* protestiert oder *mit Abscheu und Empörung* auf Äußerungen des politischen Gegners reagiert, die sonst womöglich niemand beachtet hätte. Und wenn man selbst, wie seinerzeit Roland Koch, bis zum Hals im Spendenskandal steckt, dann kann es schon passieren, daß man in seiner Verzweiflung sprachlich völlig entgleist und *brutalstmögliche Aufklärung* verspricht, um von der eigenen Verwicklung abzulenken. Allerdings führt der Kampf um Medienaufmerksamkeit zwangsläufig zu sprachlicher Inflation und damit unausweichlich zur Entwertung auch der kräftigsten Kraftausdrücke, was den Bedarf an immer neuen, möglichst originellen Formulierungen für die im großen und ganzen immer gleichen Tatbestände noch erhöht.

Das ist besonders in Wahlkämpfen der Fall, in denen allzu viele Akteure darum ringen, ein mit politischer Werbefprosa überfüttertes, mehr oder weniger lethargisches Publikum, vor allem aber die mit allen Wassern gewaschenen und zum Zynismus neigenden Medienprofis für ihre Botschaften zu interessieren. Eine naheliegende Methode ist die der Dramatisierung. Die zumeist grobschlächtig populistische Sprache der Wahlkämpfe, die ein Ringen der Mächte des Lichts mit denen der Finsternis suggeriert, wo es in Wirklichkeit allenfalls um unterschiedliche Akzentsetzungen geht, die Ängste schürt und Feindbilder beschwört, die die eigenen Leistungen ins Unermeßliche steigert und den Gegner mit allen Mitteln herabzusetzen sucht, dient diesem Zweck.

Da aber der Wahlerfolg in unserer komplizierter gewordenen Welt wesentlich davon abhängt, daß man viele nach Geschmack, Lebensstil und Interessen sehr unterschiedliche Bevölkerungsgruppen für sich einnimmt, dürfen Aggressivität und Originalität auch wieder nicht zu weit getrieben werden. Was dabei herauskommt, wenn man es möglichst allen recht machen will, sind zuweilen Slogans von vollendeter Blödsinnigkeit. Ein gutes Beispiel konnte man vor einigen Jahren in München bewundern, wo auf den Plakaten eines Landtagswahl-Kandidaten zu lesen stand: *Wörner macht Sinn*, eine Aussage, die in ihrer abgründigen Sinnlosigkeit nicht leicht zu übertreffen sein dürfte.

Freilich ist Politik nicht nur Wahlkampf. Es ist durchaus nicht so, daß Politiker immer nur darauf aus seien, um fast jeden Preis Aufmerksamkeit zu erwecken. Zuweilen geht es im Gegenteil darum, Aufsehen zu vermeiden, das allzeit lauende Mißtrauen der Öffentlichkeit zu zerstreuen, Formulierungen zu finden, die herzliches Einverständnis suggerieren, wo in Wirklichkeit unvereinbare Interessen aufeinander prallen und mit harten Bandagen gekämpft wird. Ein erheblicher Teil der Arbeit von Diplomaten besteht seit eh und je in nichts anderem als in solcher Verharmlosung, und wenn sie – wie seinerzeit einige der rüpelhaften Herren in der Regierung von George W. Bush - dieses Geschäft nicht beherrschen, handeln sie sich früher oder später Ärger ein.

Die Sprache der Kommunikés ist seit eh und je voller beschwichtigender und vielseitig auslegbarer Floskeln und Wendungen. Ein Klassiker ist die Meldung, daß die Gespräche zwischen zwei Staatsmännern *in guter Atmosphäre* stattfanden und *allgemein interessierenden Fragen* galten. Wenn es bei Verhandlungen gar nicht mehr weiter geht, wird die Öffentlichkeit oft mit der Nachricht überrascht, daß man *konstruktive und offene Gespräche* geführt habe, daß man hoffe, weiter *gute Fortschritte zu machen*, allerdings noch *einige dornige Details* geklärt werden müßten und im übrigen die *Atmosphäre offen und konstruktiv*... Kein Wunder, daß Talleyrand, der Ahnherr aller modernen Diplomaten, der Meinung war, daß die Sprache dem Menschen nicht gegeben wurde, um die Wahrheit zu bezeugen, sondern „damit er seine Gedanken verhülle“.

Auch jene Politiker, die so gern nach *unpopulären* Maßnahmen rufen, neigen doch dazu, ihre wahren Absichten zu verschleiern. Wenn Arbeitslosen und Kleineinkommensbezieher immer neue Opfer zugemutet, Großverdiener aber wieder einmal geschont werden, heißt es unvermeidlich, in schweren Zeiten müßten *alle Opfer bringen*; wenn liberale und konservative Politiker und Verbandsfunktionäre weitere Steuerentlastungen für Großverdiener, wenn Westerwelles Liberale für ihre Spezeln in der Hotelbranche eine durch nichts zu rechtfertigende steuerliche Bevorzugung durchsetzen, dann ist ebenso unvermeidlich die Rede davon, daß *der Bürger* steuerlich entlastet werden müsse. Eine der schönsten Blüten, die diese sprachliche Verschleierungskunst hervorgebracht hat, ist das *Wachstumsbeschleunigungsgesetz* der regierenden schwarz-gelben Koalition. Mitten in einer tiefen weltweiten Rezession ist nicht von dem die Rede, was allenfalls zu erreichen wäre, nämlich ein bescheidenes *Wachstum*, sondern von *Wachstumsbeschleunigung*.

Inzwischen hat der hemmungslose Mißbrauch der Sprache zur Verschleierung von Motiven und Inhalten der eigenen Politik dazu geführt, daß zentrale Begriffe der Moderne und der Demokratie einen eklatanten Bedeutungswandel durchgemacht haben. *Reformer* nennen

sich heute auch die, die das mühsam Errungene rückgängig machen, die die Macht- und Besitzverhältnisse wieder zugunsten der Privilegierten verändern wollen. Stellten Reformen früher für die Mehrheit der Menschen Verheißungen dar, so werden sie heute zumeist als Drohungen wahrgenommen. Dieselbe Orwellsche Dialektik sehen wir am Werk, wenn von *Fortschritt* die Rede ist. In Zukunft, so hören wir von Arbeitgebervertretern, von vielen Politikern und gutbezahlten VWL-Professoren, werden alle mehr und härter arbeiten, weniger verdienen, auf einen Teil ihrer Freiheiten verzichten und sich mit größeren Risiken abfinden müssen. Und zwar um des Fortschritts willen. Fortschritt ist in dieser Sicht ein aller wertbestimmten, politischen Steuerung überhobener Selbstlauf der technisch-ökonomischen Entwicklung, dessen Auswirkungen auf das Leben der Menschen als Schicksal hinzunehmen sind.

Vermutlich ist man sich unter gebildeten Demokraten über alle Parteigrenzen hinweg schnell darüber einig, daß die geschilderten Phänomene lästig, degoutant, auf Dauer wohl auch schädlich für die politische Kultur sind. Ob es aber schon hilft, wenn einmal im Jahr in Frankfurt ein Kreis redlicher Professoren das *Unwort des Jahres* bekannt gibt, ist zu bezweifeln. Es sind ja nicht nur einzelne Wörter problematisch. Was unsere öffentliche Sprache verdirbt, ist die mediale Reduktion von Aussagen auf Kürzeststatements, ist das schlampige Irgendwie, die Inflation der Superlative, die Verweigerung von Begründungen, die Scheinwissenschaftlichkeit und der Zahlenfetischismus - Regenwahrscheinlichkeit für Berlin 36 % !

„Die deutsche Sprache“, hat Karl Kraus einmal gesagt, „ist die tiefste, die deutsche Rede die seichteste.“ Zumindest für die politische Rede scheint dies leider weithin zuzutreffen – vermutlich nicht nur in Deutschland. Selten wurden und werden die idealen Anforderungen an die öffentliche republikanische Rede, die Uwe Pörksen in seinem Buch ‚Die politische Zunge‘ darlegt, von demokratischen Politikern erfüllt. Rhetorik im positiven Sinn, wie sie Pörksen im Auge hat, ist die Kunst,

in einer gegebenen Situation der Vernunft zum Durchbruch zu verhelfen. „Die Rhetorik“, schreibt er, „ist eine Findetechnik, und zwar nicht nur in dem Sinn, daß sie lehrt, die Mittel der angemessenen wirksamen Darstellung zu finden, sondern auch in dem, daß sie sich eines technischen Instruments bedient, um in einem fraglichen Fall das Bessere, Vernünftigere herauszufinden.“ (Pörksen 2002, S. 74) Sie kann diese Funktion ohne erhebliche Abstriche freilich nur in einer republikanischen Öffentlichkeit erfüllen, in der die freie argumentative Erörterung des Gemeinwohls das gemeinsame Anliegen aller oder doch der wichtigsten Beteiligten ist.

Die klassisch republikanische Vorstellung von Öffentlichkeit beruht u.a. auf der Annahme einer im Prinzip von allen, jedenfalls allen ausreichend Gebildeten und Informierten, gleich wahrgenommenen sozialen Realität. Strittig ist aus dieser Sicht, je nach Temperament, biographischen Erfahrungen und Interessenlage, die *Bewertung* dieser Realität, strittig auch, wie man zur Lösung erkannter Probleme zu intervenieren habe, nicht aber die Realität selber. Heute wissen wir dagegen, daß Politik als Sprachhandeln nicht nur Realität bewertet, sondern diese auch in gewissem Grad erzeugt. Was der Fall ist, ist unter den konkurrierenden politischen Parteien und ‘Lagern’ keineswegs Konsens. Auch und gerade dort, wo das Pathos der Sachlichkeit bemüht wird, geht es häufig weniger darum, Lösungen für übereinstimmend identifizierte Probleme zu finden, als die Realitäts- und Problemwahrnehmung in der Gesellschaft zu beeinflussen.

Ein Klassiker auf diesem Gebiet ist der Streit um die Kriminalitätsrate. Regelmäßig sehen Konservative eine steigende Flut von Kriminalität über die Gesellschaft hereinbrechen, um so ein härteres Durchgreifen der Behörden zu legitimieren, während Liberale und Progressive dazu neigen, darin nichts als faktisch unbegründete Panikmache zu sehen, weil sie fürchten, Demokratie und Liberalität könnten Schaden nehmen, wenn angesichts tatsächlich oder vermeintlich steigender Kriminalität schärfere Gesetze erlassen und persönliche Freiheiten eingeschränkt

werden. Ähnlich verwirrend ging es zu, wenn in der Nachkriegszeit Ost und West mit schöner Regelmäßigkeit beim Vergleich des Rüstungsstands von NATO und Warschauer Pakt zu völlig verschiedenen Ergebnissen kamen. Und dass Regierungen oft mehr Kreativität darauf verwenden, durch statistische Tricks die Arbeitslosenzahlen günstiger erscheinen zu lassen, als auf die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, ist wohl auch nicht zu leugnen.

Wenn man als kleiner Abgeordneter eigentlich gar nichts zu melden und schon gar nicht zu entscheiden hat, im eigenen Wahlkreis und vor der heimischen Presse dennoch Rede und Antwort stehen muß, dann braucht man dringend Floskeln und Wendungen, die Kompetenz vorspiegeln, wo es an genauer Kenntnis der Zusammenhänge fehlt, die nach Entscheidungsfreude klingen, obwohl man in Fraktion und Parlament nur nachvollzieht, was höheren Orts längst entschieden wurde, die von der Tatsache ablenken, daß ihr Absender nur ein kleines Licht ist und in der fernen Hauptstadt eigentlich keine Rolle spielt. *Meine Damen und Herren*, so könnte solch ein idealtypischer Hinterbänkler vielleicht sagen, *ich will aus meinem Herzen keine Mördergrube machen, ich will nicht verhehlen, daß auch mir vor Ort die Entscheidung nicht leicht gefallen ist. Aber in Zeiten wie diesen müssen alle Opfer bringen, damit es wieder aufwärts geht. Natürlich ist mir klar, daß die Opposition versuchen wird, mit populistischen Forderungen sich auf Kosten des Gemeinwohls den Anschein der Bürgernähe zu geben. Aber, meine Damen und Herren, meine Freunde und ich, die wir die Regierung stellen, tragen Verantwortung für den Standort Deutschland. Wir nehmen die Herausforderung an und setzen auf Sieg. Wir, die Partei, die Fraktion, die Regierung, sind gut aufgestellt, wir bilden ein Team, das den schwierigen Aufgaben gewachsen ist, vor denen wir auf den globalisierten Märkten stehen. Nur wenn alle Bürger Opfer bringen, kann der Bürger weiter von Steuern entlastet werden, und nur wenn der Bürger weiter entlastet wird, werden in diesem Land auch neue Arbeitsplätze entstehen. Zur Schwarzseherei gibt es keinen Grund, wenn jeder von uns, ich sage: jeder von uns, seine optimale Leistung abrufen. Wir von der Christlich-Sozial-Liberalen Union*, so könnte unser fiktiver

*Abgeordneter seine Ausführungen abrunden, das lassen Sie mich in aller Deutlichkeit sagen, haben unsere Hausaufgaben gemacht. Es ist alles in trockenen Tüchern bzw. im grünen Bereich. Ich danke Ihnen.*